

# Die Bonner Republik in den sechziger Jahren (1963-1969)

## Die Regierung Erhard (1963 – 1966)

### ■ Persönlichkeit und Regierungsstil

- Übernahme der **Regierung** nach dem Rücktritt Adenauers (15. Oktober 1963) – Koalition von CDU/CSU und FDP (Vizekanzler Erich Mende, FDP)
- Erhard als **Persönlichkeit**
  - Beliebtheit beim Volk – Gewinn (gegen Willy Brandt) der Bundestagswahl 1965 – Erhard als Symbol für Wohlstand
  - kollegialer Regierungsstil
  - Führungsschwäche, fehlende Durchsetzungsfähigkeit
  - Wahl zum CDU-Vorsitzenden (1966)

geringe Eignung für das Kanzleramt, glücklose Amtszeit

### ■ Innenpolitik

- Ausbau der Hochschullandschaft, Reform des Bildungswesens
- Auseinandersetzung mit der **NS-Vergangenheit**
  - Verlängerung der **Verjährungsfrist** für NS-Gewaltverbrechen (1965)
  - **Auschwitz-Prozess** in Frankfurt (1963–1965) nach fünfjähriger Ermittlungsarbeit durch Staatsanwalt Fritz Bauer: wichtige Erkenntnisse über das Vernichtungslager Auschwitz (Publikation: „Anatomie des SS-Staates“) bei großem Medieninteresse, Verhängung langer Zuchthausstrafen

### ■ Außen- und Deutschlandpolitik

- **Verhältnis zu den Verbündeten**
  - Erhard als „Atlantiker“ → Verstimmungen mit de Gaulle
  - erfolglose Reisen in die USA (Präsident Johnson): Konflikt um die Finanzierung der US-Truppen in der BR Deutschland
- **Ost- und Deutschlandpolitik**
  - **Passierscheinabkommen** mit der DDR (1963–1966): Möglichkeit für Besuche von Westberlinern in Ostberlin
  - Annäherung an die Ostblockstaaten unterhalb der diplomatischen Anerkennungsschwelle auf ökonomischem Wege: Errichtung von **Handelsmissionen** mit Polen, Rumänien, Ungarn
  - dadurch jedoch kein Fortschritt, da die Sowjetunion und die DDR (Nichtanerkennung) umgangen wurden
  - **Friedensnote** (1966): Angebot eines Gewaltverzichts → neue Dimension westdeutscher Entspannungsbereitschaft
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit **Israel** (1965)

**Entfremdung**  
gegenüber  
Frankreich und  
USA

**Politik der Bewegung**  
(Außenminister Schröder)

### ■ Sturz

- wirtschaftliche **Rezession** (1966) → Defizit im Bundeshaushalt → Streit mit der FDP wegen Steuererhöhungen → **Austritt der FDP** aus der Regierung
- viele innerparteiliche Gegner – unwürdige Demontage Erhards in der CDU/CSU
- **Rücktritt** Erhards → Bildung einer Großen Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger (1. Dezember 1966)

# Die Große Koalition (1966 – 1969)

## ■ Regierungsbildung

### • Konstellation

- Entstehung einer neuen, ungewohnten Konstellation gegensätzlicher Parteien
- jedoch zumeist disziplinierte Zusammenarbeit
- Befürwortung besonders durch Herbert Wehner: Hinführung der SPD (als Juniorpartner) zur Regierungsfähigkeit
- Bundeskanzler: Kurt Georg Kiesinger (CDU)
- Außenminister: Willy Brandt (SPD)
- Herbert Wehner (Gesamtdeutscher Minister) als „Regisseur“

### • Parlament

- Zweidrittelmehrheit im Bundestag → Verfassungsänderungen möglich
- Disziplinierung der beiden Regierungsfraktionen im Bundestag durch Rainer Barzel (CDU) und Helmut Schmidt (SPD)

### Kurt Georg Kiesinger (1904–1988)

- Jurist, Mitglied der NSDAP
- Bundestagsabgeordneter 1949–1958, 1969–1980
- Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1958–1966)
- CDU-Vorsitzender 1967–1971
- Bundeskanzler 1966–1969

## ■ Wirtschafts- und Finanzpolitik

### • Haushalt

- Schließung der Haushaltslücke durch Einsparungen
- Konjunkturprogramm: **Investitionen** bei Bahn, Post, Verkehr, Bildung, Forschung

### • Globalsteuerung durch das **Stabilitätsgesetz** (1967): Festlegung eines „magischen Vierecks“ als wirtschaftspolitisches Zielsystem („magisch“: gleichzeitiges Erreichen aller Ziele ist unmöglich → jedoch Versuch der Annäherung durch beschränkten Einsatz des Staates)

- hoher Beschäftigungsstand
- Preisniveaustabilität
- Wirtschaftswachstum
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht

➤ somit **antizyklische Haushaltspolitik nach Keynes**: Schaffung von Investitions- bzw. Konsumanreizen im Konjunkturabschwung oder Verstärkung von Belastungen im Konjunkturaufschwung, um Konjunkturschwankungen gegenzusteuern

*[siehe auch Studienblätter Politik: Wirtschaft – Wirtschaftsordnungen sowie Konjunkturtheorien]*

### • Einführung einer **Mittelfristigen Finanzplanung** (Mifrifi) zur Sicherung der Vereinbarkeit der gegensätzlichen Ziele von wirtschaftlichem Wachstum und ausgeglichenem Haushalt über mehrere Jahre hinweg

### • Konzertierte Aktion

- Gesprächsrunde von Staat, Wissenschaft, Arbeitgebern, Gewerkschaften
- Ziel: Abstimmung der Wirtschafts-, Finanz, und Sozialpolitik und das Handeln der Tarifparteien → informierende und harmonisierende Wirkung
- Existenz bis 1976

### • Bei allen grundlegenden Neuerungen gute, von Sachverstand und gegenseitigem Respekt geprägte **Zusammenarbeit** von Wirtschaftsminister Karl **Schiller** (SPD) und Finanzminister Franz Josef **Strauß** (CSU) – Spitzname „Plisch und Plum“

➤ **Ergebnisse**: Überwindung der Rezession, Ankurbelung der Wirtschaft, Erringung eines Haushaltsüberschusses

*Fortsetzung >>>*

## ■ Notstandsgesetzgebung

### • Erfordernis

- Gewährleistung der Sicherheit und des Funktionierens von Gesetzgebung und Verwaltung im Notstandsfall
- Notstände: Verteidigungsfall, Gefährdung der verfassungsmäßigen Ordnung, Katastrophenfall
- Ersatz auch für die bisherigen Notstandsvorbehalte der 3 Alliierten zum Schutz ihrer in Westdeutschland stationierten Streitkräfte (Regelung im Deutschlandvertrag 1955)
- Verabschiedung (1968) in Bundestag (verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit der Großen Koalition) und Bundesrat

### • Inhalt

- **Ergänzung des Grundgesetzes** für den Notstandsfall: Einrichtung eines „Gemeinsamen Ausschusses“ als legislative Ersatzkörperschaft bei Handlungsunfähigkeit von Staatsorganen (Art. 53a GG), Einsatz von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz auch im Innern, Bestimmungen im Verteidigungsfall (Art. 115a-I GG)
- Möglichkeit der **Einschränkung von Grundrechten** im Notstandsfall: Art. 10 GG (Postgeheimnis), Art. 11 GG (Freizügigkeit), Art. 12 GG (Berufsfreiheit), Art. 19 GG (Rechtsweggarantie)
- jedoch auch **Sicherungen**: Widerstandsrecht gegen Versuche der Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung (Art. 20,4 GG), Schutz von Arbeitskämpfen auch bei Notstandsmaßnahmen (Art. 9,3 GG)
- **Proteste**: große Widerstände (vor allem Proteste der Außerparlamentarischen Opposition), da angeblich Gefahr der Beseitigung der Demokratie

## ■ Einführung des Mehrheitswahlrechts: nicht durchgeführt

- ursprünglich geplant
- zu Lasten der FDP
- jedoch Abrücken der SPD von diesem Plan (Erhaltung der FDP als zukünftiger Koalitionspartner)

## ■ Ostpolitik

- allmählicher **Perspektivenwechsel**: Wiedervereinigung als Ergebnis der Entspannung (statt – wie bisher – Entspannung durch Wiedervereinigung)
  - gewisse **Kontakte mit der DDR**, jedoch keine faktische Anerkennung (→ Konflikt zwischen CDU/CSU und SPD → keine Fortsetzung der Großen Koalition 1969)
  - Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit **Rumänien** (1967) Begründung: „Geburtsfehlertheorie“ (keine Entscheidungsfreiheit der sowjetischen Satellitenstaaten), damit Fortsetzung der Isolierungsstrategie gegenüber der DDR
  - Problem: Misstrauen und Widerstand der Sowjetunion auf Drängen der DDR → **weiterhin Stagnation** der westdeutschen Entspannungspolitik, somit Erfordernis einer gewissen Anerkennung der DDR
- faktisches Abrücken von der Hallstein-Doktrin (1968)**, jedoch noch theoretisches Festhalten an ihr

↓

Veränderte Bedeutung der Hallstein-Doktrin im Entspannungszeitalter:

  - Selbstisolierung } Hemmnisse für
  - Erpressbarkeit } flexible Ostpolitik

# Die 68er Bewegung

## Akteure

- **Vorläufer** (zum Teil aus den USA): **Ausdrucksformen eines neuen Lebensgefühls**
  - **Rock- und Beatmusik** (Elvis Presley, Beatles, Rolling Stones): Protest gegen die Routine der Konsumgesellschaft durch provozierende Musik und Lebensweise
  - **Hippie-Bewegung**: Abwertung der Tradition, Ästhetisierung des Hässlichen und Missratenen, Disziplinlosigkeit, Libertinage, Rauschgiftkonsum – antiautoritäre und enthierarchisierte Wertordnung ohne Klassenunterschiede, Leistungsnormen, Unterdrückung
  - „Gammler“: ungepflegte Erscheinung mit langen Haaren als Gegenbild zur Bürgerlichkeit
- **Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)**
  - ursprünglich Studentenorganisation der SPD
  - jedoch ideologische Entfernung, spätestens nach dem Wandel der SPD durch das Godesberger Programm
  - Folge: Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD (1961)
  - Rudi Dutschke und Bernd Rabeil als bedeutendste Führungspersonen → SDS als organisatorischer und inhaltlicher Motor des studentischen Protests
  - Selbstauflösung (1970)
- **Rudi Dutschke** (1940–1979): ideologischer Vordenker des SDS; Marxist, Kommunist Forderung nach Schaffung chaotischer Zustände, um der Revolution den Boden zu bereiten („zwei, drei Vietnams schaffen“)

} **Neue Linke = Außerparlamentarische Opposition (APO)** [Wegfall einer parlamentarischen Opposition von links während der Großen Koalition]

## Kritik

- **Vietnamkrieg** der USA – „US-Imperialismus“
- **politisches System**: angeblich verkrustete, undemokratische und repressive Strukturen
- **Notstandgesetze** als angeblicher Weg zum autoritären Staat
- **Marktwirtschaft** – Identifizierung von Kapitalismus und Faschismus
- traditionelle **Ordinarienuniversität** („Unter den Tälern Muff von 1000 Jahren“)
- angeblich fehlende Aufarbeitung der **NS-Vergangenheit**
- Vorwürfe gegen Bundeskanzler **Kiesinger** wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit
- **fehlende parlamentarische Opposition** während der Großen Koalition → Studentenrevolte als „Außerparlamentarische Opposition“ (APO)

## Ziele und Vorbilder

- **Ziele**
  - „revolutionäre Transformation der Gesellschaft zur sozialistischen Demokratie“ – Utopie einer herrschaftsfreien klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Fremdbestimmung
  - Bekämpfung der Autorität
  - Propagierung neuer antiautoritärer Lebensformen mit sexueller Freizügigkeit
  - Hochschulreform
- **Identifikationsfiguren**
  - Ho Tschi Minh: nordvietnamesischer kommunistischer Guerillaführer
  - Mao Tse-tung: brutaler Diktator Chinas
  - Che Guevara: lateinamerikanischer kommunistischer brutaler Revolutionär
- unkritische **Glorifizierung** des chinesischen und vietnamesischen **Kommunismus** sowie kultische **Verehrung Che Guevaras** als Symbolfigur des Guerillakampfes in der Dritten Welt

Theorie [nächste Seite]

Fortsetzung >>>

<b>Theorie</b>
----------------

<b>Marburger Schule</b>
-------------------------

Wolfgang Abendroth (1906–1985): marxistischer Politikwissenschaftler – Existenz einer angeblich antagonistischen Klassengesellschaft in Deutschland

<b>Frankfurter Schule (Institut für Sozialforschung): Neubelebung und Fortentwicklung des Marxismus als „Kritische Theorie“</b>
---

- **allgemein:** Untersuchungen zur Herrschaft von Menschen über Menschen – Analyse der angeblichen Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft
- **Vertreter:**
  - Max Horkheimer (1895–1973): Theorie des „autoritären Staates“; Identifizierung von Kapitalismus und Faschismus („Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ 1939)
  - Theodor Adorno (1903–1969): „nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch“
  - Jürgen Habermas (\*1929): zunächst Sympathie, später Vorwurf des „linken Faschismus“
  - besonders Herbert Marcuse (1898–1979) als eigentlicher Vordenker der studentischen Rebellion und der Neuen Linken: Entwurf eines Leitbildes einer befreiten Gesellschaft wirkmächtige Werke:
    - ♦ Der eindimensionale Mensch (1964): kapitalistische Manipulation des Menschen als Ursache der Verhinderung der Bewusstmachung der gesellschaftlichen Probleme (Mensch ist eindimensional, da entfremdet); Randgruppen der Gesellschaft statt Proletariat als „revolutionäre Subjekte“
    - ♦ Repressive Toleranz (1965): Erfordernis der „Intoleranz gegenüber den herrschenden politischen Praktiken, Gesinnungen und Meinungen“ zur Verwirklichung einer wahren, ursprünglichen Toleranz



<b>bedeutende Ereignisse</b>
------------------------------

- Gründung der „**Kommune 1**“ (1967) als Modell einer von allen bürgerlichen Konventionen befreien und vor allem „sexuell revolutionierten“ neuen, antiautoritären Lebensform (Fritz Teufel, Rainer Langhans, Dieter Kunzelmann)
- Tod des Studenten **Benno Ohnesorg** (2. Juni 1967) durch Schüsse des Polizisten Karl-Heinz Kurras (Stasi-Mitarbeiter) während einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien in West-Berlin → Eskalation und Ausweitung der Proteste
- „**Vietnam-Kongress**“ an der TU Berlin (18. Februar 1968): Aufruf zum „direkten Kampf“
- Brandanschläge auf zwei Frankfurter Kaufhäuser (April 1968)
- **Attentat auf Dutschke** (11. April 1968): schwer verletzt
- **Osterunruhen 1968**: schwere Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei in Berlin und anderen Universitätsstädten
- Zerstörungsaktionen gegen Redaktionen, Druckereien und Auslieferungsbetriebe des Pressekonzerns von Axel Springer (Parole: „*Enteignet Springer*“)
- **Abflauen der Protestbewegung** durch
  - Scheitern des Kampfes gegen die Notstandsgesetze
  - militärische Niederschlagung des Prager Frühlings
  - Absicht der USA (Präsident Nixon), sich aus Vietnam zurückzuziehen

<b>Methoden</b>
-----------------

- **Demonstrationen** mit „Sit-ins“ und „Go-Ins“, dabei Konfrontation mit der Staatsgewalt; neue Techniken der „begrenzten Regelverletzung“
- **Gewalt**, verstanden als „legitime Gegen gewalt“ gegen den angeblich illegal gewordenen Herrschaftsapparat (Flugblatt „*Wann brennen die Kaufhäuser?*“; Parole: „*Brech dem Schütz die Gräten – alle Macht den Räten*“ [Klaus Schütz: Regierender Bürgermeister von West-Berlin]])